

Das F in KIT steht für Frieden

Zivilklausel? Was ist das denn?

Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke – dieser Satz klingt doch gar nicht so schlecht. Schon 2009, vor der Gründung des KIT, sprachen sich die Student*innen der Universität Karlsruhe für eine Zivilklausel am KIT aus. Leider konnte diese vermeintliche Einschränkung der Forschung nicht überzeugen, stattdessen wurde der Kompromiss gefunden, das KIT-Großforschungszentrum (Campus Nord) an friedliche Zwecke zu binden, der universitäre Bereich (Campus Süd) wurde ganz bewusst davon ausgenommen. Das schafft vielfältige Möglichkeiten, Militär- und Rüstungsforschung am KIT zu betreiben.

Eine Zivilklausel bedeutet, dass Forschung zum Zwecke des Krieges unterbunden wird. Vermeintlich scheint dies also eine Einschränkung in die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre zu bedeuten, die uns das Grundgesetz zugesteht. Dennoch gibt es etliche Universitäten, die sich dieser freiwilligen Selbstverpflichtung angenommen haben. Statt Militärforschung zu betreiben wird dort für friedliche Zwecke geforscht und die Freiheit der Wissenschaft wird nicht losgelöst von der Treue zur Verfassung betrachtet, die immernoch die Würde des Menschen an oberste Stelle hebt. Nicht ohne Grund wurde unser Grundgesetz aus den Nachwirkungen des zweiten Weltkrieges aufgestellt.

Das Fraunhofer Institut: Mehr als nur eine Forschungseinrichtung

Warum also betreiben das KIT und viele andere Universitäten immernoch Rüstungsforschung? Unsere Hochschulen können sich immer seltener selbst finanzieren und durch die Idee der schwarzen Null ist es gar nicht möglich, ausreichend Steuergelder

bereitzustellen. Neben der landesweiten Wiedereinführung der Studiengebühren resultiert dies auch in einer stärkeren Kooperation zwischen KIT und Drittmittelgebern. Das können Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder eben auch die Bundeswehr sein. Eines der größten deutschen Forschungsinstitute ist das Fraunhofer Institut. An seinem Standort in Karlsruhe wird das Fraunhofer Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB) betrieben, das nach eigenen Angaben die "wehrtechnische Industrie" unterstützt.

Wie der Referent Christoph Marischka (Informationsstelle Militarisation e.V., Tübingen) auf unserer Veranstaltung zur Zivilklausel am 14.11.2016 aus seiner Studie [1] darlegen konnte, betreiben die Fraunhofer Institute bundesweit stetig enger werdende Kooperationen mit ansässigen Universitäten. Die einheitliche Taktik scheint aufzugehen: Die Leiter*innen der Institute bilden eine Personalunion mit Inhaber*innen von Lehrstühlen. Dadurch wurden enge finanzielle sowie wissenschaftliche Verflechtungen zwischen Hochschulen und den Fraunhofer Instituten aufgebaut. So hat der Leiter des Fraunhofer IOSB in Karlsruhe, Prof. Jürgen Beyerer, gleichzeitig eine Professur an der Fakultät für Informatik inne.

Das KIT: Akteur der Rüstungsforschung

Der Forschungsschwerpunkt von Prof. Beyerer als Inhaber des Lehrstuhls für Interaktive Echtzeitsysteme bildet die Drohnenforschung. Dabei existieren Verflechtungen zwischen dem Lehrstuhl, dem Fraunhofer IOSB und dem Bundesministerium für Verteidigung (BMVg). Es wird bewusst auf Dual Use gesetzt, um Militärforschung attraktiver zu machen und an Universitäten durchzuführen. Dual Use bedeutet, die Forschungsergebnisse können nebenbei auch für zivile Zwecke eingesetzt werden. Dank dieser Strategie erhält das IOSB sowohl finanzielle Unterstützung durch den Verteidigungshaushalt des Bundes, sowie "zivile" Gelder der Hochschule.

Konsequenterweise gehen der Lehrstuhl und das Fraunhofer IOSB unter Leitung von Herr Prof. Beyerer auch personelle Verflechtungen ein. Beispielsweise befasste sich Dr. Yvonne Fischer, damals wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl und danach Angestellte am IOSB, in ihrer Forschung und Promotion mit eindeutig militärischen Problemstellungen wie z.B. die automatisierte Klassifizierung von Marineschiffen nach Vorgaben der Bundeswehr. Dr. Fischers Karriere ist nicht das einzige Beispiel, das zeigt, wie fließend sich der Übergang von ziviler zu militärischer Forschung am KIT und IOSB darstellt.

Und wie soll's weitergehen?

Gemeinsam mit dem AStA haben wir dem KIT-Präsidenten Herr Prof. Hanselka die brisanten Verstrickungen zwischen dem KIT und dem Fraunhofer Institut vorgelegt und um eine Stellungnahme gebeten. Leider konnten wir keine klaren Informationen aus der Antwort ziehen; offensichtlich hat die KIT-Leitung kein Interesse daran, Forschung für kriegstreiberische Zwecke zu unterbinden und rechtfertigt sich durch den Dual Use Charakter.

Unser Resümee lautet daher ganz klar: Auch der Campus Süd braucht dringend eine Zivilklausel. Forschung, die letztlich dazu dient, Menschen zu töten und Krieg zu fördern, muss klar unterbunden werden. Freiheit der Forschung kann es nur Hand in Hand mit einem wissenschaftlichen Ethos geben. Oder wie es in der Präambel unseres Grundgesetzes steht: Im Bewußtsein seiner Verantwortung [...] dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Falls ihr euch weiter für das Thema interessiert oder euch an der Aufklärung beteiligen wollt, werdet bei uns aktiv! [2]

Die Linke.SDS Karlsruhe

[1] <http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie-2017-2-IOSB-Web.pdf>

[2] info@sdskarlsruhe.de